

Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

**zu der Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte
– Drucksache 20/10500 –**

Jahresbericht 2023 (65. Bericht)

A. Problem

Die Wehrbeauftragte hat dem Deutschen Bundestag aufgrund von § 2 Absatz 1 des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages jährlich zu berichten. In Erfüllung dieser Verpflichtung hat die Wehrbeauftragte am 12. März 2024 dem Deutschen Bundestag ihren Jahresbericht für das Jahr 2023 vorgelegt.

B. Lösung

Kenntnisnahme des Berichts und Annahme einer Entschließung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe Die Linke bei Stimmenthaltung der Gruppe BSW.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte auf Drucksache 20/10500 folgende Entschließung anzunehmen:

- „1. Die in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen werden – soweit sie nicht bereits erledigt sind – der Bundesregierung zur Prüfung, Erwägung und Beachtung zur Kenntnis gebracht. Die Bundesregierung wird ferner gebeten, den Jahresbericht der Wehrbeauftragten, die Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung dazu und die Ergebnisse der Beratung des Deutschen Bundestages der Truppe zugänglich zu machen.
2. Der Deutsche Bundestag dankt der Wehrbeauftragten sowie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit im Berichtsjahr.
3. Die Bundesregierung wird gebeten, dem Verteidigungsausschuss bis zum 5. Mai 2025 über Ergebnisse und vollzogene Maßnahmen zu berichten.“

Berlin, den 6. November 2024

Der Verteidigungsausschuss

Dr. Marcus Faber
Vorsitzender

Dirk Vöpel
Berichterstatter

Serap Güler
Berichterstatterin

Merle Spellerberg
Berichterstatterin

Christian Sauter
Berichterstatter

Hannes Gnauck
Berichterstatter

Dr. Dietmar Bartsch
Berichterstatter

Zaklin Nastic
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dirk Vöpel, Serap Güler, Merle Spellerberg, Christian Sauter, Hannes Gnauck, Dr. Dietmar Bartsch und Zaklin Nastic

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte auf **Drucksache 20/10500** in seiner 166. Sitzung am 25. April 2024 beraten und gemäß § 114 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages dem Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung und dem Ausschuss für Inneres und Heimat, dem Sportausschuss, dem Rechtsausschuss sowie dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat die Vorlage in seiner 92. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Sportausschuss** hat die Vorlage in seiner 60. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage in seiner 121. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 65. Sitzung am 6. November 2024 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Verteidigungsausschuss hat den Jahresbericht unter Einbeziehung der Stellungnahme des Bundesministeriums der Verteidigung vom 11. Oktober 2024 in seiner 77. Sitzung am 6. November 2024 beraten.

Im Ergebnis empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD und der Gruppe Die Linke bei Stimmenthaltung der Gruppe BSW in Kenntnis der Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte, die in der Beschlussempfehlung wiedergegebene EntschlieÙung anzunehmen.

Die **SPD-Fraktion** dankte der Wehrbeauftragten sowie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Bericht, durch den sich die Abgeordneten einen zügigen Überblick über den Zustand der Bundeswehr verschaffen könnten. Aufgrund der weltpolitischen Lage sei man sich der Ernsthaftigkeit der Situation bewusst und müsse gemeinsam an Lösungen arbeiten. Sie merkte kritisch an, dass die Stellungnahme der Bundesregierung zum Jahresbericht 2023 nicht so konkret wie bisher ausgefallen sei.

Die **Fraktion der CDU/CSU** äußerte ebenfalls ihren Dank an die Wehrbeauftragte und hob hervor, dass die auskömmliche Finanzierung der Bundeswehr und nicht das Prinzip Hoffnung vorrangiges Handlungsziel sein sollte. Die Bundesregierung sei aktuell nicht mehr handlungsfähig, worunter die Bundeswehr leide. Die von der Bundesregierung beabsichtigte Stärkung des Binnenarbeitsmarktes innerhalb der Bundeswehr sei angesichts der vorliegenden Zahlen, etwa zu den aktuell wenigen Freiwillig Wehrdienstleistenden, bisher nicht erreicht worden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** sprach auch ihren Dank aus und begrüÙte den Vorschlag der Wehrbeauftragten zur Beauftragung einer Dunkelfeldstudie im Bereich der sexuellen Übergriffe in der Bundeswehr. Sie erkundigte sich zudem nach der Handhabung der Regelungen zum Umgang mit sexualisiertem Fehlverhalten in der Praxis.

Die **FDP-Fraktion** bedankte sich ebenfalls bei der Wehrbeauftragten und ihrem Personal. Der Jahresbericht stelle eine tiefgehende Schilderung der Problembereiche der Bundeswehr dar und gebe einen Überblick über die als Dauerbrenner zu bezeichnenden „Baustellen“ der Bundeswehr, insbesondere in den Bereichen Infrastruktur, Material und Personal. Sie informierte sich im Hinblick auf das Thema Infrastruktur über die Ergebnisse der Projektgruppe und merkte kritisch die hohe Einsatzbelastung der Deutschen Marine an. Da aufgrund der sicherheitspolitischen Weltlage die Reserve eine immer größere Bedeutung einnehme, erkundigte sie sich nach der Perspektive der Grundbeordnung.

Die **AfD-Fraktion** schloss sich dem Dank an die Wehrbeauftragte und ihr Haus an. Sie nahm Bezug auf das Thema Personalgewinnung und erkundigte sich nach den Bewerberzahlen bzw. den daraus folgenden Einstellungen. Im Hinblick auf das Beurteilungswesen seien zwar die Beschwerden rückläufig, allerdings interessiere sie hier die Einschätzung der Disziplinarvorgesetzten. Auch informierte sie sich zu den Übernahmen der Fachunteroffiziere zu Berufssoldaten.

Die **Gruppe Die Linke** schloss sich ebenfalls den Dankeswünschen an. Sie kritisierte den späten Eingang der Stellungnahme der Bundesregierung zum Jahresbericht 2023, der zu einer verzögerten Befassung mit dem Bericht im Ausschuss geführt habe. Zum Frauenanteil in der Bundeswehr nimmt die Gruppe Bezug auf die gesetzlich festgeschriebene Quote von 20 Prozent, erkundigte sich nach dem aktuellen Stand und kritisierte die erreichte Quote.

Die **Gruppe BSW** äußerte ebenfalls ihren Dank der Wehrbeauftragten sowie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie hob die besondere Schutzbedürftigkeit von Minderjährigen in der Bundeswehr hervor und wünschte sich konkretere Ausführungen hierzu, insbesondere zu den Gründen für die hohe Abbrecherquote von Minderjährigen.

Berlin, den 6. November 2024

Dirk Vöpel
Berichterstatte

Serap Güler
Berichterstatte

Merle Spellerberg
Berichterstatte

Christian Sauter
Berichterstatte

Hannes Gnauck
Berichterstatte

Dr. Dietmar Bartsch
Berichterstatte

Zaklin Nastic
Berichterstatte